

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 22 – Bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der wohnungsbaupolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 295.17 / 12.10.2017

Wohnungsbau: Jamaika will mehr

Drei besorgniserregende Trends auf dem Wohnungsmarkt:

Erstens die Bezahlbarkeit von Wohnraum ist für mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Schleswig-Holstein eine finanzielle Herausforderung. Zweitens gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum in den Städten und am Hamburger Rand. Und drittens gibt es zunehmenden Leerstand auf dem Land.

Von 2015 bis 2030 werden demnach bis zu 177 000 neue in Wohnungen in Schleswig-Holstein benötigt. Laut einer neuen Prognose, die das Forschungsinstitut Empirica für das Innenministerium erstellt hat, hätte das Land angesichts der regional stark gestiegenen Nachfrage nach Wohnraum schon 2015 mit dem Bau von 24 000 Wohnungen reagieren müssen.

Tatsächlich seien aber 10 000 Einheiten entstanden. Wachsende Bevölkerungszahlen in Städten führen auch im Bereich des studentischen Wohnens zu Preissteigerungen wie z.B. bis zu 30 Prozent in Kiel. Das zeigt der IW-DREF Studentenwohnpreisindex für das zweite Halbjahr 2016.

Ich möchte daran erinnern, dass die vorherige Regierung einiges auf den Weg gebracht hat. Es wurden 400 Millionen Euro an Fördergeldern, 330 Millionen Euro für ein soziales Wohnungsbauförderprogramm für 4.200 Wohnungen mit Sozialbindung und zusätzlich 730 Mio. € Förderdarlehen für 8.200 Wohnungen im Neubau und zur Bestandssanierung bereitgestellt.

Die Wohnungswirtschaft sagt uns, dass das nicht reichen wird. Jamaika will mehr. Da wo die Küstenkoalition aufgehört hat, Wohnungen zu bauen, werden wir weitere Anreize schaffen:

Was wir dabei brauchen ist ein Maßnahmenmix. Planungshilfen für Kommunen und ein zusätzliches Angebot an günstigem Bauland dort, wo Landesliegenschaften vorhanden sind. Wir müssen die Wohnungsbaugenossenschaften unterstützen und Bürokratie abbauen.

Für meine Fraktion ist klar: Wohnungsbau bedeutet immer auch Flächenverbrauch und einen Eingriff in Landschaft und Natur. In diesem Zielkonflikt wollen wir auch mit Nachverdichtung und Dachgeschossausbau flächenschonend mehr Wohnraum schaffen.

Für uns gilt: Wer baut, verbraucht Fläche, Fläche ist nicht vermehrbar – daher geht Innenverdichtung vor Außenverdichtung. Solidarische und ökologische Bauprojekte sind zu fördern, denn Soziales und Ökologie müssen zusammengedacht werden.

Zudem wollen wir auch innovative Wohnkonzepte fördern. Hierzu gehören Wohnpartnerschaften zwischen älteren Menschen und Studierenden, Baugemeinschaften und gemeinwohlorientierte Projekte – die oft auch Mobilität und Energieversorgung einschließen – und das Wohnen auf dem Wasser.

In den Jahren 2015 bis 2018 stehen insgesamt 316 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 2016 wurde der Betrag sogar mehr als verdoppelt, das werden wir verstetigen. Zudem wurde auch die Umwandlung von Gewerbe- und Büroräumen in die Förderung aufgenommen.

Lassen sie mich noch ein Wort zur Mietpreisbremse sagen. Wir haben sie in der Küstenkoalition eingeführt, um besonders schnell ansteigende Miete in bestimmten Stadtvierteln oder am Hamburger Rand oder auf Sylt abzufedern – ich resümiere, sie war nicht so erfolgreich, wie wir Grüne gedacht hatten. Daher brauchen wir eine neue Dynamik und ein neues Denken, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Jamaika-Koalition.

Unsere Zielperspektive: Weniger Bürokratie, mehr Kreativität, aber nicht auf Kosten der Umwelt oder zu Lasten der Menschen.
